Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1 / 2013

VSA

Frank Deppe

Der »Antimachiavell« des Friedrich II.

Frank Deppe

Der »Antimachiavell« des Friedrich II.

Das Jahr 2012 war ein »Friedrich-Jahr«, das Jahr seines 300. Geburtstags. In diesem Text[1] steht daher – mit der Konzentration auf den »Antimachiavell« – der Preußenkönig im Mittelpunkt. Um diesen wurden immer wieder – meist reaktionäre – Legenden gebildet, die ihn zum »Großen« erhoben. Das »Friedrich-Jahr 2012« wurde natürlich – wie bei früheren Gedenkanlässen – publizistisch wie touristisch verwertet. Das Erbe Friedrichs II wird heute allerdings deutlich nüchterner als in der Vergangenheit bewertet.[2]

Preußische Tugenden & Großmachtambitionen

Geschichtspolitik im Sinne von Deutungsmacht ist in diesem Lande gleichwohl nach wie vor – und nach der Wende von 1989-1991 mehr denn je – die Aufgabe mächtiger ideologischer Staatsapparate. Diesen kommt freilich in erster Linie die Aufgabe zu, den für das 20. Jahrhundert bestimmenden Systemgegensatz von Kapitalismus und Sozialismus – genauer: die Tatsache, dass der Sozialismus die notwendige Antwort auf die »Katastrophen« war, die der Kapitalismus im 20. Jahrhundert hervorbrachte (Hobsbawm) – aus

[1] Der Text beruht auf einem Vortrag, den ich unter dem gleichen Titel am 14. Juni 2012 in Berlin auf Einladung der Leibniz-Sozietät gehalten habe. Die Einladung gründete sich auf das Buch über »Niccolo Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik«, das ich 1987 im Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag veröffentlicht hatte. Dieses Buch stand im Zusammenhang von Arbeiten zur neueren (materialistischen) Ideengeschichte der Politik, war aber auch von dem Interesse geleitet, den Widerspruch aufzuklären, dass sich im frühen 20. Jahrhundert in Italien sowohl der (in Haft befindliche) Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Antonio Gramsci, als auch der faschistische »Duce« Benito Mussolini auf Machiavelli als den Begründer der neuzeitlichen Politik und als den Erneuerer Italiens bezogen.

[2] Der Historiker Tilman Bendikowski (Friedrich der Große, Gütersloh 2011, S. 273-275) bemerkt, nachdem er die Rezeption (seit Augstein, Haffner, Mommsen, von Weizsäcker, in der DDR durch Mittenzwei) in den beiden deutschen Staaten rekapituliert hat: »Als politisch sinnstiftender König wird Friedrich die Bühne des demokratischen Landes nicht mehr betreten… Friedrich ist als politische Deutungsgröße passé.«

dem Bewusstsein vor allem jüngerer Generationen zu verdrängen. In zweiter Linie geht es wohl darum, die Tatsache aus dem Bewusstsein zu löschen, dass der deutsche Imperialismus im 20. Jahrhundert besonders aggressiv und menschenfeindlich, für die beiden Weltkriege und die Verbrechen, die in ihrem Zusammenhang begangen wurden, verantwortlich war! Die Tradition des preußischen Militarismus und Absolutismus war stets auch durch diese Verbrechen diskreditiert.

Angesichts der Tendenz zu neuen Katastrophen, die der Kapitalismus im Übergang ins 21. Jahrhundert immer dramatischer reproduziert, könnte freilich – aus der Sicht der herrschenden Klassen und ihrer ideologischen Eliten – an die so genannten preußischen Tugenden (Disziplin, Staatstreue, Bereitschaft zu dienen) erinnert und damit zugleich alte Legenden um »Friedrich den Großen« (aber auch: den »Philosophenkönig von Sanssouci«) aufgewärmt werden. Die Überfigur deutscher Politik, Helmut Schmidt, der sich immer zu den »preußischen Tugenden« bekannt hat, eignet sich zum Beispiel für solche Mythenbildung. Und warum sollte dabei nicht der Königsberger Philosoph Immanuel Kant als Zeuge angerufen werden, der im Jahre 1784 in seinem berühmten Text »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung« das »Zeitalter der Aufklärung« als das »Jahrhundert Friedrichs« bezeichnet hatte?[3] Da sich bedeutende zeitgenössische Philosophen – wie zum Beispiel auch Jürgen Habermas – inzwischen mehr auf Kant als auf Marx beziehen, läge es nahe, angesichts der herrschenden Unsicherheit, der systemischen Krisen und der Barbarisierung der internationalen Politik auf einen Typus politischer Herrschaft zu setzen, der nicht chaotisch-demokratisch (also »regierungsunfähig«) ist, sondern eher als »aufgeklärt absolutistisch« zu bezeichnen wäre. Immerhin haben wir jetzt schon in zwei EU-Ländern, die mit am stärksten von der Krise betroffen sind, »Technokraten« (also »aufgeklärte Absolutisten«) als Ministerpräsidenten, als »Retter in der Not«. Die weltweite Tendenz zum autoritären Kapitalismus ist offensichtlich.[4]

---

[3] Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung (1784), in: Erhard Bahr (Hrsg.): Was ist Aufklärung? Thesen und Definitionen, Stuttgart 1974, S. 9-17, hier S. 15.

[4] Vgl. Frank Deppe: Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus? In: ders. u.a. (Hrsg.): Notstand der Demokratie, Hamburg 2008, S. 10-45. Slavoj Zizek (Das »unendliche Urteil« der Demokratie, in: G. Agamben u.a.: Demokratie? Berlin 2012, S. 116-136) verweist auf den »Kapitalismus mit asiatischen Werten«: »Der Virus dieser autoritären Form des Kapitalismus ist dabei, sich langsam aber sicher über den ganzen Globus auszubreiten.« (S. 116)

Angesichts der Krise der EU und der dominierenden Rolle Deutschlands beim Krisenmanagement[5] könnte allerdings auch an das Thema des Aufstiegs Preußens (unter Friedrich II.) zu einer Großmacht in Mitteleuropa im 18. Jahrhundert erinnert werden, dann an die Rolle des Deutschen Reiches nach 1871 in »Mitteleuropa«. Nicht erst seit Friedrich Naumanns Schrift aus dem Ersten Weltkrieg wurde dies als die Schicksalsfrage deutscher Politik im 20. Jahrhundert bezeichnet. In den beiden Weltkriegen, die der deutsche Imperialismus entfachte, stand eben diese Frage im Mittelpunkt geopolitischer Überlegungen und Strategien. Allerdings bieten auch hier die Kriege, die Friedrich geführt hat, und die Militärdiktatur, der er als absolutistischer Herrscher vorstand, nicht unbedingt einen erfolgversprechenden Anknüpfungspunkt für die Gegenwart, in der die Politik von den Finanzmärkten (bzw. den mächtigsten Finanzmarktakteuren) gesteuert wird.[6]

Freund der Aufklärung & abgeklärter Macht- und Realpolitiker

Wenden wir uns dem Thema im engeren Sinne zu: der Schrift mit dem Titel »Antimachiavell«, die der Kronprinz Friedrich im Jahre 1740 fertiggestellt hatte und die von dem französischen Aufklärer Voltaire, der seit 1736 mit Friedrich im Briefkontakt stand, herausgegeben wurde.[7] Inzwischen war der Autor bereits König – nach dem Tod des Vaters (Ende Mai), des »Soldatenkönigs«, der mit seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie mit dem Aufbau des Heeres die inneren Grundlagen für den Aufstieg Preußens gelegt hatte, und der vom Sohn leidenschaftlich gehasst wurde. Der junge Kronprinz hatte in Rheinsberg seinen Ruf als Freund der Aufklärung, der Philosophie (namentlich Frankreichs) und der schönen Künste begründet – die Freundschaft

---

[5] Perry Anderson hat gerade in einem Artikel für Le Monde Diplomatique (in der deutschen Ausgabe vom 14.12.2012: »Europas Preis und Ehre«) an einen Satz des CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder erinnert und gleichzeitig die neue hegemoniale Rolle Deutschlands in der EU kritisiert.

[6] Dass Deutschland »wirtschaftlich ein Riese«, aber »politisch ein Zwerg« sei, und dass diese Diskrepanz (auch gewaltsam) überwunden werden muss, kennzeichnet die Politik des deutschen Imperialismus seit dem späten 19. Jahrhundert. Für den Aufstieg Preußens unter Friedrich II. im 18. Jahrhundert gilt eher die Umkehrung dieses Satzes: dass Preußen politisch-militärisch ein Riese, aber wirtschaftlich ein Zwerg war, und dass daran – bis ins frühe 19.Jahrhundert – das alte Preußen gescheitert ist.

[7] In einem Vorwort bezeichnet Voltaire den »erlauchten Verfasser« als »eine der seltenen Seelen, die der Himmel erschafft, um das Menschengeschlecht durch ihre Lehren und ihr Beispiel zur Tugend zu führen«. Dazu erwähnt er, dass dieser Text – im Französischen in einem »edlen, energischen und oft so reinen Stil« geschrieben – von einem »junger Ausländer ist..., der nie einen Fuß nach Frankreich gesetzt hat«.

mit Voltaire und seine Tafelrunden, die er in Sanssouci beibehielt, waren dafür sichtbarer Beleg. Der Vater war »wohl der unpopulärste Fürst, der je auf dem Thron der Hohenzollern saß«.[8] Der Sohn, den die militärischen Interessen des Vaters zunächst anwiderten, ging mit viel Elan an die Arbeit und er konnte auf Sympathien rechnen, hatte er sich doch emphatisch zu einem Ideal der Herrschaft im Geiste des Humanismus bekannt, der sich dem Wohl der Untertanen und der Gerechtigkeit verpflichtet weiß.

Schon in der Vorrede des »Antimachiavell«[9] zählt sich der Kronprinz zu »denjenigen, welche berufen sind, die Völker zu regieren, die Gerechtigkeit zu pflegen, ihren Untertanen hierin zum Vorbild zu dienen und durch ihre Güte, ihren Großmut, ihr Erbarmen lebendige Abbilder der Gottheit zu sein!«[10] In diesem Zusammenhang folgt dann schon jener Satz, der als Charakterisierung des aufgeklärten Absolutismus Geschichte gemacht hat: Der Fürst, so stellt Friedrich fest, ist »nichts weniger als der unumschränkte Gebieter der unter seiner Herrschaft stehenden Völker, sondern nur ihr erster Diener!« (97). Und dieser Diener »seines Staates« (am Anfang heißt es noch: seines Volkes,[11] d.h. seiner Untertanen, auf keinen Fall des »Volkssouveräns«), setzte – jetzt als König – im Dezember 1740 (nach dem Tod des Kaisers Karl VI. Ende Oktober 1740)[12] rund 20.000 preußische Soldaten in Marsch, um Schlesien zu erobern. Er zog begeistert in den Krieg – die gleichzeitige Veröf-

---

[8] Bendikowski, a.a.O. S. 63. »Schriftsteller waren ihm Schmierer und Tintenkleckser, Bärenhäuter und Hundsfötte, und wie es Philosophen erging, bezeugt das Schicksal Christian Wolffs (1679-1754), der – als ›Gottesleugner‹ verdächtigt – zwangsweise das Land verlassen musste. Friedrich Wilhelm I. war hinterbracht worden, Wolff sei der Überzeugung, ein Deserteur dürfe eigentlich nicht bestraft werden, weil sein Handeln vorherbestimmt gewesen sei und er über keinen freien Willen verfüge. Da der König seine Armee geschädigt sah, zwang er den berühmten Philosophen, bei Androhung der Strafe des Galgens das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.« (Günter Vogler/Klaus Vetter: Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin 1979, S. 71. Der junge König Friedrich II. holte Wolff unverzüglich als Professor nach Halle zurück.

[9] Friedrich der Große: Der Antimachiavell, aus dem Französischen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Jena: Eugen Diederichs, 1922. Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diese Ausgabe.

[10] Er fährt fort: »Wie beklagenswert aber ist … das Schicksal der Völker, wenn sie vom Missbrauch der höchsten Gewalt alles zu befürchten haben, wenn ihr Hab und Gut der Geldgier der Fürsten, ihre Freiheit den Launen, ihre Ruhe seiner Ehrsucht, ihre Sicherheit seiner Tücke und ihr Leben seiner Grausamkeit zum Opfer fällt! Das aber ist die traurige Schilderung eines Staates, den ein Fürst im Sinne Machiavellis beherrschte.« (95)

[11] Der französische Originaltext lautet: »Le souverain, bien loin d'être le maître absolu des peuples qui sont sous sa domination, n'en est lui-même que le premier doméstique, et qu'il doit être l'instrument de leur félicité, comme ces peuples le sont de sa gloire.«

[12] Als er die Nachricht erhielt, soll Friedrich ausgerufen haben: »Dies ist der Augenblick der völligen Umwandlung des alten politischen Systems.« (Vogler/Vetter, a.a.O., S. 76)

fentlichung des Antimachiavell war ihm da eher peinlich.[13] Der »Liebling der Philosophen« schien damit einen Rollenwechsel vollzogen zu haben, denn – so der Historiker Hagen Schulze – »der Einmarsch preußischer Truppen in Schlesien noch im selben Jahr war ein sensationeller Anschlag auf das Rechtsempfinden seiner Zeit«. Gleichwohl blieb »Friedrich le roi philosophe, weil er nicht nur mit Philosophen korrespondierte und sie in seine Akademie aufnahm, wenn sie von anderen Königen verfolgt wurden, sondern seine Herrschaft nach Maßgabe aufgeklärter Regierungsmaximen ausübte«.[14]

Es sind fortan diese beiden Seiten – das Bekenntnis zum Humanismus und zur Aufklärung auf der einen, und die Bereitschaft, im Interesse des eigenen Staates Machtpolitik zu betreiben auf der anderen –, die bei dem absolutistischen Herrscher Friedrich eine Einheit bilden. Immerhin hatte er schon in seinen »Betrachtungen über den politischen Zustand Europas« aus dem Jahre 1738 festgestellt, »dass der Zwang, sich zu vergrößern, für alle Mächte gegeben sei«.[15] Wir werden sehen, dass diese Perspektive der internationalen Politik, die auf den Machterhalt und die Machterweiterung des eigenen Staates bezogen ist, für das 18. Jahrhundert insgesamt bestimmend war und dass sie damit auch für das politische Denken und Handeln von Friedrich II. (auch noch in der frühen Schrift des »Antimachiavell«, der gemeinhin als eher romantisch humanistische Abschweifung auf dem Felde der politischen Philosophie gelten könnte) bestimmend blieb.

Damit nähern wir uns schon den zahlreichen Urteilen, die über den »Antimachiavell« gefällt wurden. Eher oberflächlich bleibt das – gleichwohl beliebte – Urteil, dass Friedrich als König – vor allem in den Schicksalsstunden des Siebenjährigen Krieges – sich schnell von den schwärmerisch humanistischen Vorstellungen seiner Jugend entfernt habe. Genauer: Als abgeklärter Macht- und Realpolitiker musste er bald anerkennen, dass Politik und Moral voneinander getrennt werden müssen. Weil Machiavelli im »Fürsten« diese Trennung – vor dem Hintergrund der Frage, wie die Macht im Staat zu erringen und zu behaupten ist – vorgenommen hatte,[16] griff ihn Friedrich in der Vorrede zum »Antimachiavell« als »Ungeheuer«, als »Verderber der Staatskunst« an, dessen »Sophistik und Verbrechen« er »Vernunft und

---

[13] Bendikowski, a.a.O., S. 73.

[14] Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1999, S. 93f.

[15] Nach Vogler/Vetter, a.a.O. S. 76.

[16] Im 15. Kapitel des »Principe« schreibt Machiavelli (Der Fürst, Italienisch/Deutsch, Stuttgart 1986, S. 119): »Zwischen dem Leben, wie es ist und wie es sein sollte, ist ein so gewaltiger Unterschied, dass, wer das, was man tut, aufgibt für das, was man tun sollte, eher seinen Untergang als seine Erhaltung bewirkt.«

Gerechtigkeit« entgegensetzen möchte (94). Schon 1746, in der Vorrede zur »Geschichte meiner Zeit«, markiert er freilich deutlich den Unterschied zwischen Privatmoral und Staatsräson. Der Herausgeber des »Antimachiavell«, von Oppeln-Bronikowski, fügt hinzu: »Unter dem Druck praktischer Erfahrung hatte der Staatsmann eingesehen, dass die schönen Theorien der Aufklärung nicht restlos für die politische Wirklichkeit passten, und dass das Wesen des Staates Macht ist... Er hätte Machiavelli am Ende seines Lebens manches abzubitten gehabt.« (XXIV/XXV) Vor allem in der späten Phase seiner Regentschaft zeugte nicht nur die polnische Teilung (1772) von der Skrupellosigkeit seiner Machtpolitik, auch in seinem Menschenbild (nicht nur der Geringschätzung seiner Stäbe, sondern der Menschen seines Volkes) näherte sich der alte Fürst immer mehr dem anthropologischen Pessimismus des Machiavelli an.[17]

Die friderizianische Staatsräson und das Staatshandeln

In der großen Arbeit von Friedrich Meinecke über die »Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte« (1924), die mit Machiavelli beginnt und Friedrich dem Großen ein ausführliches Kapitel widmet, findet sich ein differenziertes Urteil, das sich wesentlich auf die Entwicklung des Staates und des Staatensystems im 18. Jahrhundert – und auf die Politik Friedrichs in diesem Kontext – bezieht. Das Bekenntnis zur Aufklärung und die realistische Machtpolitik bilden keinen Gegensatz, sondern eine – immer auch widersprüchliche und neu zu konfigurierende – Einheit. »Zwei Staatsgedanken ... lebten in ihm nebeneinander, der humanitäre und der Machtstaatsgedanke, der von der Aufklärung neu geschaffene oder wenigstens mit neuem Inhalt gefüllte und der aus dem Leben, der Geschichte, der Erfahrung stammende und durch tägliche Erfahrung und Notwendigkeit stets neu bestätigende. Der Primat des zweiten über den ersten ist gar nicht zu übersehen«.[18] Am Ende des Kapitels resümiert Meinecke: Das »Kunstwerk der friderizianischen Staatsräson« bestand darin, »aus dem spröden Material einer ständisch und korporativ gegliederten Gesellschaft und einer wenig entwickelten und von der

[17] Vgl. Frank Deppe: Niccolo Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987, S. 297ff.

[18] Friedrich Meinecke: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte (1924), München und Berlin 1929, S. 354.

Natur ärmlich ausgestatteten Volkswirtschaft einen leistungsfähigen Macht- und Großstaat auszubauen«.[19]

In der Geschichte des staatstheoretischen Denkens seit der Antike ist diese Einheit von Normativismus (Gemeinwohlorientierung; ideologische Selbstbeschreibung des Staates) und machtpolitischem Realismus (Selbstbehauptung des Staates nach innen und außen) immer vorhanden. Staaten entstehen in Klassengesellschaften, die sowohl der Regelung »allgemeiner Angelegenheiten« als auch der (institutionellen und ideologischen) Sicherung von Klassenherrschaft bedürfen. Daher ist die Konstitution von Staatlichkeit immer auch mit der Ausbildung von Machtapparaten, Institutionen, Rechtssystemen *und* der ideologischen Funktion der Legitimation von Herrschaft verbunden, die in der Regel von der Religion, aber auch durch eine spezifische Staatsideologie (das Bild des Staates von sich selbst, z.B. der Herrscher als »Diener des *unter seiner Herrschaft stehenden* Volkes«) wahrgenommen wird.

Machiavelli war sich dieser Tatsache wohl bewusst. Er wusste, dass es in stabilen Staaten auch immer eine »Staatsreligion« gibt. Die Trennung von Politik und Moral impliziert eine frühe Form des aufklärerischen Denkens, die ja durchaus ideologiekritisch ist, weil sie Politik – in letzter Instanz – als ein Herrschafts- und Gewaltverhältnis begreift. Machiavelli schrieb den »Fürsten« und die »Discorsi« in einer Periode der frühbürgerlichen Revolution, der großen Zeitenwende, die das Jahr 1500 markiert. Zu dieser Zeit hatte sich der moderne Staat bestenfalls in embryonalen Formen herausgebildet, für die noch nicht einmal der Begriff des »Staates« (sondern immer noch »res publica« bzw. »civil society«) verwendet wurde.[20] Dazu reflektiert sich im Werk von Machiavelli die Krise bzw. der Niedergang des Stadtstaates Florenz, den Machiavelli aufhalten möchte. Meinecke benennt die geschichtliche Differenz zwischen dem frühen 16. und der Mitte des 18. Jahrhunderts wie folgt: »Machiavellis Staat (der aber so noch nicht genannt wurde) ... steckte noch mitten in grober Gewaltsamkeit von unten und oben und hatte genug zu tun, um überhaupt eine allgemein respektierte und nicht nur aus bloßer Furcht respektierte Macht sich zu schaffen... Friedrich (dagegen) urteilte von den gebändigten Verhältnissen eines Staates aus, der schon anfing, Rechts-

[19] Ebd. S. 422.

[20] In den oberitalienischen Stadtstaaten waren »politische Gestaltungen« entstanden, in denen – so Jacob Burckhardt (Die Kultur der Renaissance in Italien [1860], Berlin 1928, S. 2) – »der moderne europäische Staatsgeist zum ersten Mal frei seinen eigenen Antrieben hingegeben (erscheint); sie zeigen oft genug die fessellose Selbstsucht in ihren furchtbarsten Zügen, jedes Recht verhöhnend, jede gesunde Bildung im Keim erstickend; aber wo diese Richtung überwunden oder irgendwie aufgewogen wird, da tritt ein neues Lebendiges in die Geschichte: Der Staat als berechnete, bewusste Schöpfung, als Kunstwerk.«

staat im modernen Sinne zu werden«.[21] Bei Machiavelli wird das Staatshandeln in der Person des Fürsten personalisiert; Friedrich war zwar Alleinherrscher, aber seine Formel vom »ersten Diener *seines* Staates« lässt doch deutlich erkennen, dass er diesen Staat (in der Mitte des 18. Jahrhunderts) nicht nur als »*seinen* Besitz«, sondern zugleich in seiner relativen Selbständigkeit, als rationales Gebilde (eines Flächenstaates), als eine relativ stabile »Maschine«[22] mit eigenem Rechts- und Steuersystem, Verwaltung, Heerwesen, Erziehung und Kultur betrachtete.

Dieser Staat Preußen war jedoch militaristischer Klassenstaat auf der Basis der Junkerherrschaft. Ingrid Mittenzwei zitiert in ihrer Friedrich-Biografie in diesem Zusammenhang aus dem »Politischen Testament« von 1752: »Das Militär muss in Preußen die erste Stelle einnehmen, genau wie bei den welterobernden Römern in der Periode ihres Aufstieges, genau wie in Schweden, als Gustav Adolf, Karl X. und Karl XII. die Welt mit ihrem Ruhm erfüllten.«[23] Franz Mehring, der in seiner »Lessing-Legende« diesen Klassencharakter und das inhumane Herrschaftssystem, vor allem die Verachtung gegenüber den »einfachen Volk«, detailliert herausgearbeitet hat, spricht aber auch von dem »Doppelleben« des Monarchen, der niemals seine künstlerischen und philosophischen Neigungen vollständig unterdrückt hatte – daraus folgte ein »manchmal schier unglaublicher Widerspruch zwischen seinen Taten und seinen Worten ..., (was) ihm so oft den scheinbar unwiderleglichen Vorwurf der Heuchelei eingetragen hat und das von seinen Bewunderern nicht minder oft durch die unwürdigsten Sophismen erläutert worden ist«. [24] In dem Testament von 1752 findet sich dann aber – unter der Überschrift »Politische Träumereien« – ein direkter, positiver Bezug auf das 15. Kapitel des »Principe«, in dem Machiavelli zwischen den »Phantasien« und dem »Tatsächlichen« (»la veritá effetuale delle cose«) unterscheidet. Friedrich weiß: »Auch die Politik hat ihre Metaphysik... so darf auch der Politiker in dem unendlichen Gefilde chimärischer Entwürfe lustwandeln... Machiavelli sagt, eine selbstlose Macht, die zwischen ehrgeizigen Mächten steht, müsste schließlich zugrunde gehen. Ich muss zugeben, dass Machiavelli recht hat.«[25]

---

[21] Meinecke, a.a.O., S. 366.

[22] Diese Metapher erinnert zugleich an Julien Offray de la Mettrie, einen radikal-materialistischen französischen Aufklärer, Autor des Buches »L'homme machine« (»Der Mensch als Maschine«), der bis zu seinem Tode (1751) zur Tafelrunde von Friedrich II. in Sanssouci gehörte.

[23] Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Berlin 1979, S. 91.

[24] Franz Mehring: Lessing-Legende, in: ders.: Historische Aufsätze zur preußisch-deutschen Geschichte, Berlin 1952, S. 158.

[25] Friedrich der Große: Das Politische Testament von 1752, Stuttgart 1974, S. 80/81.

Fassen wir noch einmal zusammen, wie Friedrich mit Machiavelli umgeht – vor allem in seiner Schrift aus dem Jahre 1740, in der der Florentiner immer wieder als Ungeheuer bzw. als Bestie, als Autor eines »Fürstenspiegels« kritisiert und geschmäht wird, der keine legitime, sondern nur kriminelle Herrschaft zu begründen vermag. Vereinzelt finden sich Passagen, in denen Friedrich dem Verfasser des »Principe« zuzustimmen scheint – z.B. bei der Rechtfertigung von präventiven Angriffskriegen, also jenem Typus des Krieges, den Friedrich noch im Jahr seines Amtsantritts praktizieren wird. »Die Fürsten«, so schreibt Friedrich – und verwendet dabei die Metaphern des »Principe« – »handeln weise, wenn sie Vorbeugungskriege unternehmen. Sie sind eigentlich Angriffskriege, aber sie sind darum nicht minder gerecht. Wenn die Übermacht eines Staates aus ihren Ufern zu treten und die Welt zu überschwemmen droht, dann ist es klug, ihr Dämme entgegenzusetzen und den Lauf des reißenden Stromes zu hemmen, solange man es noch vermag.« (175)

Das Klischee des »Machiavellismus« & Historisierung der Politik

Gleichwohl übernimmt Friedrich das Klischee des »Machiavellismus«, das sowohl von der katholischen Kirche, die den »Fürsten« – auf Betreiben der Jesuiten und der Gegenreformation – schon 1559 auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt hatte, als auch vom frühen Absolutismus (von Gottes Gnaden) konstruiert worden war. Vor allem in Frankreich setzte sich – im Zeitalter der Religionskriege – die Verdammung des Machiavelli durch, denn jetzt wurde staatliche Herrschaft wiederum durch den Rekurs auf das Naturrecht, das Gottesgnadentum und die Souveränität des obersten Gesetzgebers legitimiert.[26] Der Jurist Jean Bodin, der mit seinen »Six Livres de la République« (1576)[27] die Herrschaft des Absolutismus (die auch Friedrich als personale Alleinherrschaft praktizierte) begründete, greift schon im Vorwort Machiavelli nicht nur als »Atheisten«, sondern als einen jener Autoren an, die keine juristischen Kenntnisse haben und daher »die heiligen Geheimnisse der

[26] Meinecke, a.a.O., S. 61ff.

[27] Auch hier findet sich der Begriff des Staates noch nicht im Titel, wohl aber im ersten Satz, der berühmten Definition von Absolutismus und Souveränität: »Der Staat ist definiert durch die dem Recht gemäß geführte, mit souveräner Gewalt ausgestattete Regierung einer Vielzahl von Familien und dessen, was ihnen gemeinsam ist.«

Staatsphilosophie entweiht (haben), wodurch gute Staatswesen erschüttert und umgestürzt worden sind«.[28]

Aus der Übernahme dieses Klischees, das von den humanistischen Aufklärern des 18. Jahrhunderts übernommen (und erst von den deutschen Idealisten – namentlich Hegel und Fichte – in Frage gestellt) wurde, folgt natürlich, dass Friedrich den ganzen Machiavelli überhaupt nicht kannte. Wichtige Schriften – wie die »Discorsi«, die »Geschichte von Florenz« und die »Kriegskunst« – waren ihm unbekannt; das letzte Kapitel des »Principe«, der Aufruf, Italien von den Barbaren (das waren übrigens auch die Deutschen, die »Transalpinen«) zu befreien und zu einen, scheint ihm bedeutungslos! Er erwähnt es nicht einmal. Machiavelli war Republikaner, Gegner der Medici, die ihn 1512 aus dem Amte des Staatssekretärs der Republik entfernten und ins Exil trieben. Sein Plädoyer für die Überlegenheit des Volkes gegenüber einem Alleinherrscher (Discorsi, I, 58) – darin eingeschlossen seine These von der Überlegenheit eines «Volksheeres«, die erst in der Französischen Revolution (»levée en masse«) aufgegriffen wurde – hätte Friedrich wohl noch mehr in seiner ablehnenden Haltung bestätigt. Machiavelli hatte nie einen Zweifel daran gelassen, dass in einem »guten Staat« die Gesetze herrschen und die verschiedenen Interessen (der sozialen Klassen: Oligarchie, Kleinbürgertum, popolo minuto) durch ein System der republikanischen Institutionen ausbalanciert werden.

Er schrieb den »Fürsten« (1513) in einer Zeit der tiefen Krise von Italien und Florenz nach 1494, einer »Epoche der Verwirrung und Unordnung« in der Innen- wie der Außenpolitik – und gerade in einer solchen Zeit (so seine eigene praktische Erfahrung als Staatssekretär der Republik als auch seine Überzeugung) konnte der Appell an die Moral weder dieses Chaos beseitigen noch den Niedergang von Florenz aufhalten. Als Ziel – wie immer seine Ideale in die Antike (Römische Republik, Florenz im späten 13. Jahrhundert) rückwärts gewendet waren – hatte er doch die Bildung eines italienischen Flächenstaates vor Augen, der sich im Machtkampf der großen Mächte seiner Zeit (und gegenüber dem Papsttum) hätte behaupten können.[29] Diese Hoffnung war unrealistisch, illusionär – zumal er von einem Bündnis zwischen dem »italienischen Volk« und einem »Führer« (einem »neuen Fürsten«) träumte, dem zu seiner Zeit alle Voraussetzungen fehlten. Im 20. Jahrhundert haben sowohl Benito Mussolini als auch Antonio Gramsci – wenn auch mit entge-

[28] Vgl. Deppe 1987, S. 376ff.

[29] Selbst die positive Würdigung des Cesare Borgia im Kapitel des »Fürsten« (a.a.O., S. 51ff.), die später seine Leser in Schrecken versetzen sollte, war noch von diesem Gedanken bestimmt.

gengesetzten Vorstellungen – in diesem Sinne Machiavelli als »großen Italiener« bzw. als frühbürgerlichen Revolutionär interpretieren wollen.

In Friedrichs »Antimachiavell« gibt es allerdings auch Ansätze einer Historisierung der Politik und der »Staatsraison«,[30] die von der bloßen Moralisierung des politischen Handelns des »Fürsten« Abstand nimmt und damit die historisch-konkrete Frage nach der »Selbstbehauptung des Staates« ins Zentrum einer politischen Handlungslehre rückt. Das 10. Kapitel des »Antimachiavell« beginnt mit dem Satz: »Seit der Zeit, da Machiavell seinen staatsklugen Fürsten schrieb, hat sich die Welt derart verändert, dass man sie kaum wiedererkennt.« Was würde Machiavelli – so fügt er hinzu – wohl heute sagen, »wenn er sähe, auf welche Art der europäische Staatskörper jetzt eingerichtet ist, und wie viele große Fürsten heute eine Rolle spielen, die zu seiner Zeit noch ganz belanglos waren, wenn er die fest begründete Königsmacht, die Art, wie die Fürsten jetzt miteinander unterhandeln, und das europäische Gleichgewicht sähe, das durch die Bündnisse einiger mächtiger Fürsten bewirkt wird und das nur den Zweck hat, die Ehrsüchtigen in Schranken zu halten und die Ruhe der Welt zu erhalten?« Aufgrund dieser Veränderungen – so die Schlussfolgerung von Friedrich – sind »die meisten von Machiavells Grundsätzen auf die heutige Staatskunst nicht mehr anwendbar«. (119) Dann folgt die zutreffende Bemerkung: »Die Fürsten, von denen Machiavell redet, sind eigentlich nur ein Zwittergeschlecht zwischen Fürsten und Privatleuten... (es sind) Miniaturfürsten, die nur einen kleinen Staat besitzen und kein Heer ins Feld stellen können.« (120)

Friedrich hat Recht. Die politische Landkarte Europas hat sich seit dem frühen 16. Jahrhundert gründlich verändert. Im »Fürsten« des Machiavell dominiert die zeitgeschichtliche Erfahrung (a) des Niedergangs von Florenz und der oberitalienischen Stadtrepubliken (sowie der glänzenden Kultur der Renaissance) sowie (b) (zwischen 1484 und 1527) des Kampfes der damaligen «Großmächte«, zwischen der spanisch-österreichischen Achse der Habsburger und Frankreich (der frühen Form eines absolutistischen Flächenstaates) um die Vormacht in Europa[31] – ein Kampf, der auf italienischem Boden ausgetragen wurde, wobei das Papsttum bzw. der Kirchenstaat eine zentrale Rolle spielt, die von Machiavelli in besonderer Weise als Gefahr angesehen wird. Erst nach dem 30-jährigen Krieg (»Westfälischer Friede« von 1648) und der englischen Revolution (1644-1688) bildet sich ein europäisches Staa-

[30] Vgl. Meinecke, a.a.O., S. 81ff.; dort auch den Hinweis auf die Arbeit von Giovanni Botero: Della ragione di Stato (1589).

[31] Im Hintergrund nimmt die andere (südost)europäische Großmacht, das Osmanische Reich, an diesem Kampf teil.

tensystem heraus, in dem absolutistisch regierte Flächenstaaten Machtpolitik betreiben, die darauf ausgerichtet ist, die Macht des eigenen Staates zu erhalten und zu erweitern – durch den Auf- und Ausbau einer schlagkräftigen Armee, durch die Ausdehnung des Territoriums (auch in Übersee) und der Bevölkerungszahl, durch die Ausplünderung besiegter Staaten bzw. Regionen, aber auch durch die Erschließung neuer ökonomischer Machtressourcen (im internationalen Handel, vor allem im Sklavenhandel).[32] Um diese Ziele zu erreichen, musste der Herrscher eine kluge und flexible Bündnispolitik betreiben und geschickt verhandeln. Wolfgang Reinhard hat – in seiner »Geschichte der Staatsgewalt« (1999) – diesen Wandel wie folgt charakterisiert: »Zwischen den Friedensschlüssen von Utrecht 1713 und Nystad 1721 hatte sich das europäische Gleichgewichtssystem etabliert, das 18. Jahrhundert wurde seine große Zeit... Nach der Akzeptanz Russlands und dem Aufstieg Preußens gab es seit der Jahrhundertmitte das System der fünf großen Mächte (Pentarchie) Großbritannien, Frankreich, Österreich, Preußen, Russland, das trotz Unterbrechungen über 100 Jahre Bestand haben und Europa im 18./19. Jahrhundert längere friedliche Abschnitte bescheren sollte.«[33] Der Prozess der Nationalstaatsbildung in Europa ist zwar noch längst nicht abgeschlossen; dennoch ist – wie Paul Kennedy in seiner großen Studie über den »Aufstieg und Fall der Großen Mächte« (1987) betont hat – die »Monopolisierung und Bürokratisierung der militärischen Macht durch den Staat ... offensichtlich ein zentraler Teil der ›Nationalstaatsbildung‹, und der Prozess war wechselseitig, da die gesteigerte Macht und die größeren Ressourcen des Staates der Streitmacht einen Grad an *Beständigkeit* gaben, den sie ein Jahrhundert zuvor nicht gehabt hatte.«[34]

In diesem System bewegte sich und dachte Friedrich – und sein Beiname »der Große« bezog sich in der Regel darauf, dass er skrupellos die Kriege

---

[32] Jetzt hat sich erst der Gegenstand konstituiert, auf den sich später die berühmte »Staatsdefinition« von Max Weber bezieht: »Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebiets – dies: ›das Gebiet‹, gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.« Die Entwicklung des modernen Staates kommt überall dadurch »in Fluss, dass von Seiten des Fürsten die Enteignung der neben ihm stehenden selbständigen, ›privaten‹ Träger von Verwaltungsmacht: jener Eigenbesitzer von Verwaltungs- und Kriegsbetriebsmitteln, Finanzbetriebsmitteln und politisch verwendbaren Gütern aller Art, in die Wege geleitet wird. Der ganze Prozess ist eine vollständige Parallele zu der Entwicklung des kapitalistischen Betriebs durch allmähliche Enteignung der selbständigen Produzenten.« (Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Zweiter Halbband, Köln 1964, S. 1043 und S. 1046)

[33] Wolfgang Reinhard: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 379.

[34] Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a.M. 1999, S. 132.

auslöste und befehligte, in denen Preußen seine Macht (d.h. sein Territorium und seine Armee) ausbaute.[35] In der Auseinandersetzung mit Machiavelli hebt Friedrich übrigens ein weiteres Merkmal seiner Zeit hervor. Er behauptet, dass »die Mode der Revolutionen in unserer Zeit ganz abgekommen zu sein scheint« (139), während der »Fürst« in einer Epoche gleichsam permanenter Revolution und Instabilität im Innern der Staaten (und des permanenten Staatenkonfliktes auf italienischem Boden) geschrieben wurde. »Zu Machiavells Zeiten war die Welt in allgemeiner Gärung; der Geist des Aufruhrs und der Empörung herrschte überall; man sah nichts als Parteien und Tyrannen. Diese häufigen und fortwährenden Erschütterungen zwangen die Fürsten, auf den Anhöhen ihrer Städte Zitadellen zu erbauen, um durch dieses Mittel den unruhigen Geist der Einwohner im Zaume zu halten. Seit jenem barbarischen Zeitalter hört man nicht mehr viel von Aufruhr und Empörungen, sei es, weil die Menschen es müde geworden sind, einander zu vernichten, sei es auch, weil die Fürsten in ihren Staaten eine unumschränkte Macht ausüben. Jedenfalls kann man sagen, dass jener Geist der Unruhe, nachdem er sich abgearbeitet hat, jetzt einer ruhigeren Haltung gewichen ist, so dass man keiner Zitadellen mehr bedarf, um sich der Treue eines Landes zu versichern.« (152)

Die Macht des Staates: Waffen & Geld

Der Absolutismus setzte sich zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert durch, indem er die Aristokratie (von der der Herrscher selbst ein Teil war) domestizierte (von der Macht ausschloss), und zugleich den Widerstand der Städte (d.h. der Handelsbourgeoisie) gegen die Aufhebung ihrer Freiheit und Selbstverwaltung brach. Gleichzeitig war die Epoche der Bauernkriege zu Ende gegangen: In Teilen Europas hatten sie zur Befreiung der Bauern (Lockerung der feudalen Abhängigkeit bzw. Vertreibung der Bauern vom Land, »ursprüngliche Akkumulation« durch Enteignung, Entwicklung von Ware-Geld-Beziehungen über Handel und Produktion, frühe Formen der Lohnar-

[35] Die Annexion von Schlesien war – so Perry Anderson (Lineages of the Absolutist State, London 1974, S. 266) – die »vielleicht die wichtigste und lukrativste Erweiterung eines kontinentalen Staates in der Epoche … sie vergrößerte die Bevölkerungszahl von Preußen auf einen Schlag um 50%, d.h. um ca. 4 Millionen Menschen, und erweiterte Preußen zum ersten Mal mit einer relativ entwickelten ökonomischen Region im Osten, mit einer langen Tradition städtischer Manufakturen der Textilindustrie.« Mit der Eingliederung Schlesiens war das Gebiet des preußischen Staates um ein Drittel seines bisherigen Umfangs vergrößert worden.

beit[36]) beigetragen, in anderen Teilen – insbesondere in Osteuropa, aber auch in Deutschland[37] – waren diese sozialen Bewegungen blutig niedergeschlagen worden; im Osten Europas festigte sich das System der Leibeigenschaft.

Dass – wie Friedrich meinte – die »Revolution aus der Mode gekommen sei«, reflektiert einerseits diese historischen Bedingungen politischer Stabilität, die freilich durch den absolutistischen Staat selbst reproduziert werden mussten: einerseits durch Gewalt und Repression, andererseits durch einen Typus rational-bürokratischer Herrschaft, der sich durch die Verwaltung, das Steuersystem, die Rechtsordnung, aber auch durch die Pflege der Wissenschaft und der Kultur sowie durch die Förderung der Ökonomie auszeichnet.[38] Auch diese Seiten der Staatstätigkeit werden von Friedrich im »Antimachiavell« benannt; denn die Macht eines Staates beruht nicht allein auf seinen »Waffen«: »Die zum Leben notwendigsten Künste sind Ackerbau, Handel und Industrie. Die, welche dem menschlichen Geist am meisten Ehre machen, sind Mathematik, Philosophie, Astronomie, Beredsamkeit, Poesie, Malerei, Musik, Skulptur, Baukunst und Kupferstecherei; und was man sonst noch unter dem Namen der schönen Künste versteht... Die Industrie verschafft einem Staate vielleicht den größten Nutzen und Vorteil; denn durch sie befriedigt man die Bedürfnisse und den Luxus der Einwohner und

---

[36] Im Anhang zu seiner klassischen Studie »Die politische Theorie des Besitzindividualismus« hat C.B. MacPherson (Frankfurt a.M. 1973, S. 311ff.) bevölkerungsstatistische Daten aus dem Jahre 1688 für Großbritannien ausgewertet, um zu zeigen, dass die Zahl der »Arbeiter und Bediensteten außer Haus«, also der Lohnarbeiter, zusammen mit den gemeinen Seeleuten schon fast 30% der erfassten Familien bildeten.

[37] In seiner »Allgemeine(n) Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe« (Berlin 1931, S. 307/308), die vor 1933 in der deutschen Arbeiterbewegung viel gelesen wurde, hatte Max Beer darüber geschrieben: »Die erste deutsche Revolution war zu Ende. Die Herren siegten und mit ihrem Sieg trat Deutschland in eine lange, lange Periode wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Stillstandes und Rückganges ein; die Blüten der städtischen Kultur verwelkten; der Frühkapitalismus blieb eine Episode; die Bauern versanken in Unfreiheit, und in vielen Gegenden wurden sie gelegt, ihrer Gemeinschaften radikal beraubt; die Reformation verknöcherte ... aber, die Ordnung hatte gesiegt; der Klassenkampf war erstickt; alle Rebellion niedergeschlagen, die deutsche Volkskraft gebrochen. Um Jahrhunderte wurde die deutsche Entwicklung zurückgeworfen.«

[38] »Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. Dennoch blieb ihre Entwicklung gehemmt durch allerhand mittelalterlichen Schutt... Der riesige Besen der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts fegte alle diese Trümmer vergangener Zeiten weg und räumte so gleichzeitig den gesellschaftlichen Boden von den letzten Hindernissen, die dem Überbau des modernen Staatsgebäudes im Wege gestanden.« Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (1871), MEW 17, S. 336.

zwingt selbst die Nachbarn, dem heimischen Gewerbefleiß Tribut zu zahlen. Sie verhindert einerseits, dass Geld aus dem Lande geht, und auf der andere Seite bringt sie Geld ins Land.« (155f.)

Hier – wie vor allem in den »Testamenten« absolutistischer Herrscher der Zeit[39] – wird immer wieder deutlich, wie die Herausbildung des neuzeitlichen Staates an das Geld (Staatsausgaben für Heer, Beamtenapparat, Hofhaltung – und Staatseinnahmen: Steuern, Zölle, Kontributionen, Raub) gebunden ist. Das heißt, Staat und die Entwicklung von Ware-Geld-Beziehungen bilden in diesem Sinne eine Einheit, allerdings noch auf der Basis der Handelskapitals, des Manufakturkapitals, des städtischen Handwerks und vor allem der Abgaben, die aus der unfreien, bäuerlichen Mehrheit der Bevölkerung herausgepresst wurden. Allerdings: Die Beschaffung von Geld und Krieg gehören zusammen; denn je geringer die »inneren Quellen des Reichtums« entwickelt sind, um so mehr musste das Geld (für die Selbsterhaltung des Staates) durch gewaltsame Eroberungen beschafft werden.[40]

Auch daran wird der Übergangscharakter der Epoche und der absolutistischen Herrschaft deutlich, der zunächst durch die Überlagerung und das Nebeneinander der alten feudalen Agrargesellschaft und der Ausbreitung neuer Eigentumsformen, von Ware-Geld-Beziehungen und neuen Märkten (über den Atlantik), aber auch durch neue Formen der Warenproduktion und der freien Lohnarbeit charakterisiert ist.[41] Marxistische Historiker haben schon früh darüber gestritten, ob denn nun der absolutistische Staat

---

[39] Vgl. z.B. Politische Testamente der Hohenzollern, hrsg. v. Richard Dietrich, München 1981.

[40] In einem Kommentar zu »Friederisiko«, einer Ausstellung im Potsdamer Neuen Palais (aus Anlass des 300. Jahrestages) macht Gustav Seibt (Süddeutsche Zeitung vom 28./29. April 2012, S. 15) auf diesen Zusammenhang aufmerksam: »Friedrichs Risiko-Politik wäre natürlich ohne Geld nicht möglich gewesen, ohne angespannte Wirtschaftskraft, merkantilistisch aus dem kargen Land gepresst. Wäre es nur ums Geld gegangen, hätte Österreich seinen nördlichen Nachbarn um Längen geschlagen. Friedrichs Rendezvous mit dem Ruhm war kriegerisch, ein Resultat erbarmungsloser Disziplin und übermenschlich anmutender Willenskraft ... (mit Hinweis auf den geballten Reichtum, der in seinem Schloss zur Schau gestellt wurde): Seine Quelle war der Krieg. Er verschaffte Friedrich die Geldmittel des fetten Schlesien, dessen Marmor er in seinem Palast verbaute...«

[41] In dem Abschnitt »Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation« in den »Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie, 1857-58« (Berlin 1953) schrieb Karl Marx (S. 375): »Wenn freie Arbeit und Austausch dieser freien Arbeit gegen Geld, um das Geld zu reproduzieren und verwerten, um von dem Geld als Gebrauchswert nicht für den Genuss, sondern als Gebrauchswert für Geld verzehrt zu werden, Voraussetzung der Lohnarbeit und eine der historischen Bedingungen des Kapitals ist, so ist die Trennung der freien Arbeit von den objektiven Bedingungen ihrer Verwirklichung – von dem Arbeitsmittel und der Arbeitsmaterial – eine andere Voraussetzung.«

ein spätfeudaler oder ein frühbürgerlicher Staat gewesen sei.[42] Sie bezogen sich dabei meist auf ein Zitat von Friedrich Engels, der in seiner Schrift »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« (1884) die Entstehung des Staates mit dem »Bedürfnis, die Klassengegensätze im Zaum zu halten« begründet und diesen als »in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse« bezeichnet. »Ausnahmsweise«, so fährt er fort, »kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so das Gleichgewicht halten, dass die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balanciert.«[43]

Weichenstellungen unter der Oberfläche

Bleiben wir noch einen Moment beim Übergangscharakter dieses Herrschaftstyps. Friedrich setzte sich für den Aufstieg Preußens ein – und er konstatierte eine »innere Ruhe« (Revolution ist »aus der Mode gekommen«) als Voraussetzung für eine stabile Herrschaft. In diesem 18. Jahrhundert wurden jedoch – gleichsam unter der Oberfläche des Machtkampfes der absolutistischen Monarchien in Europa – Weichenstellungen vorgenommen, die nachhaltig auf die folgenden Jahrhunderte einwirkten, ohne dass dies den Akteuren in ihrer Zeit wirklich bewusst geworden wäre; denn – wie Hegel später in der Vorrede zur »Rechtsphilosophie« feststellen wird, die »Eule der Minerva« hatte ihren Flug noch längst nicht angetreten.

- Der Aufstieg Preußens zur stärksten Macht in Mitteleuropa stellte früh die Weichen für die Gründung des Deutschen Reiches unter preußischer Führung im Jahre 1871 – jetzt im Übergang zur nachholenden kapitalistischen Industrialisierung und zur imperialistischen Konkurrenz zwischen den führenden Staaten Europas. Das Denken in Machtkategorien (Primat der Politik und speziell der internationalen Machtpolitik) setzte sich auf besonders aggressive Weise fort; zum Beispiel bei dem Chefideologen des Bismarck-Reiches, Heinrich von Treitschke, der nunmehr allerdings

[42] Vgl. Ulrich Wacker: Das Absolutismus-Problem: Staatsfeudalismus oder Frühform des bürgerlichen Staates? In: Frank Deppe u.a. (Hrsg.): Probleme der materialistischen Staatstheorie. Staat und Monopole (II), Berlin (West) 1977, S. 35-62, hier S. 42ff.

[43] MEW 21: 166f. Engels fügt dann noch den Bonapartismus (nach 1850) und das »deutsche Reich Bismarckscher Nation hinzu: hier werden Kapitalisten und Arbeiter gegeneinander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommenen preußischen Krautjunker«.

Machiavelli als den geistigen Begründer deutscher Machtpolitik feierte. Dieses Denken gehörte zur Vorbereitung des »Griffs nach der Weltmacht« (Fritz Fischer), d.h. des Ersten Weltkrieges. Während im Westen Europas der Absolutismus durch eine bürgerliche Revolution »von unten« gestürzt wurde, wurde die verspätete »Einheit der Nation« (d.h. die Beseitigung der zersplitterten Fürstenherrschaft) in Deutschland (und in Italien) durch eine von der spätabsolutistischen preußische Monarchie politisch (durch Bismarck) angeführte, in ihrem sozialökonomischen Kern aber bürgerliche »Revolution von oben« hergestellt.[44]

- Der siebenjährige Krieg (1756-1762) – zwischen Preußen im Bündnis mit Großbritannien/Hannover gegen das Bündnis Habsburg/Österreich, Frankreich und Russland – war ein Weltkrieg; denn er wurde zwischen England und Frankreich auch in Nordamerika, in der Karibik, in Indien und auf den Weltmeeren ausgefochten. Die Ergebnisse dieses Krieges waren: 1. England wird die absolut führende Macht auf den Weltmeeren; 2. Frankreich verliert in Amerika; England wird dann durch die US-amerikanische Revolution und Unabhängigkeit (1776) verdrängt, bleibt aber – auch aufgrund der inneren ökonomischen Entwicklung (industrielle Revolution) die Weltmacht Nr. 1, während sich in Frankreich durch die Kriegskosten die Krise der Staatsfinanzen dramatisch zuspitzt und damit die Vorgeschichte der französischen Revolution von 1789 eröffnet wird; 3. mit Gründung der USA – mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Etablierung einer Republik, d.h. der Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität – konstituiert sich ein Staat, der sich sowohl als antiabsolutistisch als auch als antikolonialistisch begreift und der schon mit seiner Gründung auf die europäischen Verhältnisse ausstrahlt – nicht nur auf Frankreich 1789, sondern sogar auf Preußen, wo die Entwicklung in Amerika genau verfolgt wird.[45]
- Kurzum: Gleichsam unter der Oberfläche der absolutistischen Machtpolitik des 18. Jahrhunderts wirkten die Kräfte jener »Doppelrevolution«, die Eric Hobsbawm im ersten Band seiner großen Geschichte des langen 19. Jahrhunderts, mit dem Titel »Das Zeitalter der Revolutionen«, analysiert: Die »*industrielle Revolution*« wird gemeinhin mit der Erfindung

[44] Anderson, a.a.O., S. 431.

[45] Auch umgekehrt gab es Wirkungen: Während des siebenjährigen Krieges bestellte der amerikanische Regimentskommandeur George Washington (später erster Präsident der USA) eine Bronzebüste des Preußenkönigs, die er in seinem Hause aufstellte; allerdings bewunderte Washington Friedrich als Feldherrn – aufgrund seiner politischen Anschauungen kritisierte er ihn jedoch als »Schandfleck«. Vgl. Jürgen Overhoff: Friedrich der Große und George Washington. Zwei Wege der Aufklärung, Stuttgart 2011.

der Dampfmaschine (1776) in eins gesetzt und sollte – in der Zukunft – die ökonomischen und sozialen Strukturen des agrarisch geprägten Kontinents (zuerst natürlich in Großbritannien) radikal verändern. Die »*politische Revolution*« hingegen artikulierte sich in den Losungen »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« der französischen Revolution von 1789 (aber schon in den Botschaften und Resultaten der US-amerikanischen Revolution von 1776). Ihr universeller Charakter bestand darin, dass sich ihre Forderungen auf alle Menschen bezogen. Damit wurden nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt Maßstäbe gesetzt, an denen fortan politische Herrschaft und die Verfassung der Gesellschaft zu messen waren.[46] Dass die preußische Armee im Jahre 1806 bei Jena den von Napoleon geführten französischen Truppen (die ja zunächst angetreten waren, um die Völker Europas von der Knechtschaft der absolutistischen Monarchien zu befreien) unterlag, war auch – wenn auch zunächst nur kurzfristig – Ausdruck nicht nur der Rückständigkeit, sondern auch der Unterlegenheit des »preußischen Modells«, das durch die Politik Friedrichs II. gefestigt worden war.

Der Hinweis von Friedrich Engels auf das Ausbalancieren des relativen Kräftegleichgewichts der Klassen durch den absolutistischen Staat trifft auf das Preußen Friedrichs II. wohl kaum zu, für das Bismarck'sche Reich (nach 1871), das Engels ausdrücklich erwähnt, dagegen schon eher! Hier muss also eine zweite Differenzierung hinsichtlich des Übergangscharakters der Epoche des Absolutismus hinzugefügt werden: die unterschiedlichen Wege in West- und Osteuropa, wobei idealtypisch – wie bereits erwähnt – ursprüngliche Akkumulation gegen Festigung der Leibeigenschaft und das Ausmaß der Integration in die neuen Strukturen des Weltmarktes und des Welthandels (als Erschließung neuer Quellen des Reichtums) seit dem späten 15. Jahrhundert eine zentrale Rolle spielten. Perry Anderson hat in seiner großartigen Studie über den absolutistischen Staat (1974) diese Differenz – und ihre Bedeutung für die folgenden Jahrhunderte – in den Mittelpunkt gerückt. Die absolutistischen Monarchien Europas waren immer noch feudale Staaten:[47] »die Herrschaftsmaschine der Aristokratenklasse, die das Mittelalter beherrscht hatte. Aber die Gesellschaftsformationen, die sie in Westeuropa beherrschten,

[46] Eric Hobsbawm: The Age of Revolution. Europe 1789-1848, London 1962.

[47] In seiner Schrift »Der Bürgerkrieg in Frankreich« hat Marx auf diese geschichtlichen Wurzeln der modernen Staatsmaschine hingewiesen: »Die zentralisierte Staatsmacht ... stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente.« (MEW 17: 336) Für das Preußen Friedrichs II. trifft diese Bemerkung allerdings nicht zu; die Elemente der Bourgeoisgesellschaft waren hier noch viel zu schwach!

waren eine komplexe Kombination von feudalen und kapitalistischen Produktionsweisen, mit einer allmählich aufsteigenden städtischen Bourgeoisie und einer zunehmenden ursprünglichen Akkumulation von Kapital auf der internationalen Ebene (man könnte auch sagen: mit zunehmender Bedeutung des Weltmarktes, F.D.). Es war das Ineinandergreifen dieser beiden antagonistischen Produktionsweisen innerhalb einer Gesellschaft, das die Übergangsformen des Absolutismus vorantrieb.« In Osteuropa hingegen wurde die »gesellschaftliche Macht des Adels nicht durch eine aufsteigende städtische Bourgeoisie herausgefordert... Auf die Leibeigenschaft aufgebaut, war der feudale Charakter der Staatsstruktur unverblümt und manifest«, wobei für dessen Herausbildung auch der »zunehmende militärische Druck des fortgeschritteneren Westens« von Bedeutung war«.[48]

Preußen lag gleichsam in der Mitte. Auch hier gab es – gefördert durch den König – eine sich entwickelnde Warenwirtschaft, Manufakturen und ein städtisches Bürgertum. Im Westen waren diese Verhältnisse allerdings weiter entwickelt als im Osten; dort bestimmten die Verhältnisse der Grundherrschaft auf dem Lande (Junker) sowie das Arrangement zwischen Herrscher und Adel ganz eindeutig die ökonomische und politische Struktur der Herrschaft. »Friedrich«, so Ingrid Mittenzwei, »setzte alle Machtmittel des Staates ein, um die bestehende Struktur der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Der Staat Friedrichs II. war ständisch gegliedert, das heißt die Stellung der in einem langen historischen Prozess entstandenen Klassen und Schichten der spätfeudalen Gesellschaft war zugleich rechtlich fixiert... (Er) war seinem Charakter nach ein Machtinstrument der herrschenden Adelsklas-

[48] Anderson, a.a.O., S. 428ff. Anderson schließt diesen Vergleich mit einem Hinweis auf den Charakter der Revolutionen, die den Absolutismus ablösten: »Im Westen wurden die Monarchien Spanien, England und Frankreich durch bürgerliche Revolutionen von unten überwunden; die italienischen und deutschen Fürstentümer wurden durch eine bürgerliche Revolution von oben eliminiert. Im Osten, auf der anderen Seite, wurde das russische Zarenreich schließlich durch eine proletarische Revolution vernichtet. Die Konsequenzen der Teilung des Kontinents ... sind also immer noch bei uns.« Das schrieb Anderson im Jahre 1974! Im Jahr 2010 veröffentlichte er einen Aufsatz über die beiden großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, die russische von 1917 und die chinesische von 1926 bis 1949 (Two Revolutions, in: New Left Review 61, Januar/Februar 2010). Darin untersuchte er die Frage, warum die russische Revolution an der Verklammerung von politischer Diktatur und ökonomischer Stagnation bis 1991 scheiterte, während in China – mit den Reformen Dengs nach dem Tod Maos – die kommunistische Herrschaft selbst einen tiefgreifenden Reformprozess einleitete, in dem China schnell zu einer der führenden Wirtschaftsmächte der Welt aufstieg.

se, auch wenn der Adel nur über seine unmittelbaren Untertanen exekutive Gewalt hatte.«[49]

Dass Preußen an der Schnittstelle zwischen West- und Osteuropa lag, zeigt sich eben auch daran, dass 1. die sozialökonomische Basis des Regimes eindeutig dem osteuropäischen Typus zuzurechnen ist, während 2. der Herrscher selbst, der sich als »aufgeklärter Absolutist« verstand, seine Herrschaftsmethoden und die Kultur seines Landes – also (etwas »vulgärmarxistisch«) den »Überbau« – nach Westen öffnete. Das belegt zunächst seine Vorliebe für die französischen Aufklärer in seiner Tafelrunde sowie seine Liebe für die Musik und die Kultur, insbesondere für die französische Sprache und Kultur (eingeschlossen die Verachtung der deutschen Sprache und Kultur seiner Zeit).[50] Dazu kamen durchaus moderne Elemente seiner Herrschaft: die Abschaffung der Folter, die religiöse Toleranz (dass »jeder nach seiner Façon selig werden« solle),[51] die Aufnahme von verfolgten Philosophen (zu denen auch – im Jahr 1762 – Jean-Jacques Rousseau gehörte),[52] und schließlich die Bemühungen um eine Justizreform, die allerdings nur schleppend voran kamen und erst nach seinem Tode mit der »Allgemeinen Gerichtsordnung« (1790) und dem »Allgemeinen Landrecht« (1794) – jetzt schon unter dem

---

[49] Mittenzwei, a.a.O., S. 81f., fährt fort: »Der Adel verfügte neben dem Monopol an Grund und Boden über wichtige andere Vorrechte. Er brauchte in den alten Provinzen – bis auf wenige Ausnahmen – keine Steuern zu zahlen. Steuerzahler waren die Bürger in den Städten und die Bauern auf dem Lande. Der Adel nahm auch die wichtigsten Positionen in der Beamtenhierarchie ein, und er stellte das Gros der Offiziere.«

[50] »Friedrich hätte Lessing und Winckelmann haben können, später gewiss auch den in Dessau gefeierten Herder sowie Wieland und Goethe, die dann alle bei Friedrichs Nichte Anna Amalia in Weimar landeten – allein, er hatte nur Spott für die deutsche Literatur« (Seibt, a.a.O., S. 15).

[51] Gegenüber den Juden bewahrte Friedrich allerdings eine tiefe Aversion; er formulierte strenge Regelwerke, die die Wohnverhältnisse und die ökonomische Tätigkeit der Juden einer harschen Kontrolle unterwarfen (vgl. Tobias Schenk: Friedrich und die Juden, www. Perspectivia.net/content/publikation/friedrich300-colloquien/friedrich-bestandsaufnahme/schenk_juden).

[52] Als Jean Jacques Rousseau 1762 auf der Flucht war und seine Schriften verboten wurden, fand er in der preußischen Enklave Neuchatel/Neuenburg (in der Schweiz) bis 1765 Asyl, das ihm – nach einem Bittschreiben – Friedrich II. (zusammen mit einem bescheidenen Geldbetrag) persönlich gewährte: »Es gilt diesem armen Unglücklichen (Rousseau) Erleichterung zu schaffen, da seine Sünde allein darin besteht, eigenartige Ansichten zu hegen.« Die Lehren von Rousseau lehnte Friedrich II. ab; er ignorierte dessen Kritik am Absolutismus, und wie viele andere missverstand er Rousseaus Lehre vom glücklichen Naturzustand der Menschheit. An einen Vertrauten schrieb Friedrich, Rousseau könne ihn nicht überzeugen, Gras zu fressen und auf allen Vieren zu laufen. (vgl. Jens-Peter Gaul: Jean-Jaques Rousseau, München 2001, S. 119ff.) Die radikale politische Theorie einer direkten Demokratie, die Rousseau im »Contrat Social« vertrat, schien Friedrich II. nicht zu stören.

Eindruck der Ereignisse in Frankreich seit 1789 – zu einer für ganz Preußen geltenden Rechtsordnung abgeschlossen wurden.[53] Ein großer Staat mit einer großen Bevölkerung und einem großen Heer bedarf einer rationalen Rechtsordnung und vor allem einer effektiven Finanz-Verwaltung, um zu funktionieren. »Keine Macht«, so schrieb er in seinem Politischen Testament von 1752, »vermag sich ohne geregelte Finanzwirtschaft Ansehen zu verschaffen«[54] – diese frühe Form des Rechtsstaatsgedankens, der für die weitere Geschichte Preußens sehr wichtig sein sollte, deutet schon an, dass Friedrich sehr wohl für die Entwicklung des neuzeitlichen, frühbürgerlichen Denkens über den Staat ein offenes Ohr hatte.

Die Vordenker von Gesellschaftsvertrag, Volkssouveränität sowie ökonomischem & politischem Liberalismus

Zur Modernität im Denken von Friedrich II. gehörte daher auch, dass er sich – nicht nur durch die Vermittlung von Voltaire – mit den »Klassikern« des bürgerlichen Vertragsdenkens Thomas Hobbes (»Leviathan«, 1651), John Locke (»Two Treatises on Government«, 1690) und (zu seinen Lebzeiten) Montesquieu (»De l'esprit des loix«, 1748) befasste. Immerhin wurde Montesquieu 1747 in die Berliner Akademie der Wissenschaften – natürlich mit dem Segen des Herrschers, der vor dieser Akademie 1750 eine Abhandlung über Gründe, Gesetze einzuführen oder abzuschaffen, verlas – aufgenommen. Der Bezug auf diese Linie des Denkens bleibt aber widersprüchlich. Auf der einen Seite übernimmt Friedrich von Hobbes (und Locke) den Grundgedanken des Gesellschaftsvertrages, der die monarchische Herrschaft nicht mehr aus »göttlicher Gnade« oder aus der Zustimmung der Aristokratie, sondern aus dem Konsens zwischen Herrscher und »Volk« (bzw. Untertanen) ableitete. In diesem Sinne wird der absolutistische Monarch als »erster Diener … der unter seiner Herrschaften stehenden Völker« (97) bezeichnet. Die Staatsräson, das »Interesse des Staates an sich selbst«, wird so zum entscheidenden Bezugspunkt politischer Herrschaft. Im Jahre 1770 ließ er vor der Berliner Akademie einen *Versuch über die Eigenliebe, als Grundsatz der Moral* verlesen. Darin bezog er sich wiederum auf Hobbes, der den Gesellschaftsver-

[53] Der berühmte Fall des Müller-Arnold ist durchaus ambivalent: denn Friedrich entschied hier gegen die Richter, sah sich »gezwungen, den Männern des Rechts auf die Finger zu schauen; denn ein ungerechter Richter ist schlimmer als ein Straßenräuber«, zitiert nach Bedikowski, a.a.O., S. 119.

[54] Friedrich der Große: Das Politische Testament von 1752, Stuttgart1974, S. 7.

trag – bei Friedrich der Unterwerfungsvertrag, der aber auf einem (unterstellten) Konsens beruht – aus der Notwendigkeit ableitete, den »Krieg aller gegen alle« zu beenden, der daraus entsteht, dass ein Jeder seine eigenen Interessen verfolgt. Hobbes unterscheidet schon demokratische und monarchische Regime; beim letzteren »erwirbt der Herr die Bürger durch seinen Willen ... Ein wohlmeinender und gerechter Alleinherrscher übt (die Herrschaft, als Erbmonarchie) über ein ihm in bewusster und dankbarer ›Untertänigkeit‹ verbundenes Volk (aus), das seine Regierung stillschweigend anerkenne...«[55] Um den Bürgerkrieg zu vermeiden – so Friedrich –, müssen die Menschen dem Willen des Alleinherrschers folgen. Das wiederum setzt voraus, dass der Herrscher durch das Recht herrscht und – wie Friedrich im 1. Kapitel des »Antimachiavell« betont hatte (96) – das »Hauptaugenmerk« auf die »Gerechtigkeit« legt und »für die Wohlfahrt seines Volkes« sorgt. Auch bei John Locke – jetzt allerdings nach der englischen Revolution von 1688 – findet sich der Gedanke, dass das Verhältnis von König und Volk als eine Art »Treuhandschaft« zu begreifen sei, »in deren Obhut die Gesellschaft mit ihren Grundrechte stehen sollte«.[56] Locke radikalisiert diesen Gedanken allerdings zum Konzept der Volkssouveränität, d.h. der Legitimation der politischen Herrschaft durch Wahlen, der Begrenzung der Macht des Staates durch die Gewaltenteilung und die Konzentration der legislativen Gewalt beim Parlament.

Die durch Friedrich II. rationalisierte und modernisierte Variante der Begründung absolutistischer Herrschaft musste schon in der Konfrontation mit der sozialen und politischen Realität des preußischen Junker- und Klassenstaates, mit seinen barbarischen Methoden der Ausbeutung und der Disziplinierung des »Volkes« (nicht nur in der Armee) als ziemlich platte Ideologie erkennbar sein.[57] Dazu kommt, dass Friedrich II. gerade die wesentlichen Bestandteile des bürgerlichen Vertragsdenkens, des »neuen Naturrechts«, ignoriert: Bei Hobbes entsteht der Vertrag aus dem Konsens freier, gleicher und vernünftiger Individuen; Locke radikalisiert diese Grundüberlegung zu

---

[55] Overhoff, a.a.O., S. 33.

[56] Ebd., S. 54.

[57] Bendikowski, a.a.O., S. 130, weist darauf hin, dass die Nachricht vom Tode Friedrichs II. in Berlin eher mit Erleichterung aufgenommen wurde. »In ihrer großen Mehrheit hatten die Preußen schon seit einigen Jahren genug vom alten König.« Der französische Gesandte Graf Mirabeau beschrieb die Stimmung so: »Jedes Gesicht zeigt Erleichterung und Hoffnung, nicht ein Bedauern, nicht ein Seufzer, nicht ein Wort des Lobes. Das also ist das Ergebnis aller seiner Siege und seines Ruhmes, einer Regierung von beinahe der Dauer eines halben Jahrhunderts... Jedermann ersehnte sich ihr Ende und begrüßte es, als es da war.«

einer Theorie der systematischen Begrenzung der staatlichen Macht, damit zu einer politischen Theorie der individuellen Freiheit und der Volkssouveränität. Die Menschenrechte sind jetzt als individuelle Freiheitsrechte begriffen, die als vorstaatliches Recht anerkannt werden müssen. Montesquieu schließlich vertrat ebenfalls eine konsequente Lehre von der Gewaltenteilung und lobte das britische System der (durch die Glorious Revolution von 1688 gefestigten) konstitutionellen Monarchie. Alle diese Überlegungen wurden von Friedrich II. kompromisslos abgelehnt. Die Macht des Parlamentes in England hielt er für einen eklatanten »Fehler in der Regierungsform«; kurzum: Er bestand darauf, allein – ohne Rücksicht auf ständische oder parlamentarische Institutionen – zu entscheiden, und er lehnte das Prinzip der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung ebenso entschieden ab wie das der bürgerlichen Freiheit des Individuums. Demokratien – so seine Überzeugung – enden unvermeidlich im Chaos. Dass er allein – von oben – alles zu entscheiden habe, war ihm stets selbstverständlich!

Mit der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte in der amerikanischen Revolution (1776), die deutlich von John Locke inspiriert war, und der Konstitution der »Vereinigten Staaten von Amerika« als Republik (das Jahr 1789 erlebte er nun nicht mehr) wurden jene fortschrittlichen Gedanken der Aufklärung praktisch-politisch wirksam, die Friedrich als der Vertreter des Prinzips der Aufklärung absolutistisch-monarchischer Prägung »von oben« entschieden ablehnte. Obwohl Friedrich und George Washington, der erste Präsident der USA, über einander recht gut informiert waren und ihre militärischen Fähigkeiten (wechselseitig) bewunderten, so unterschieden sie sich doch in ihren politischen Auffassungen radikal. In einem Nachruf sprach Washington – nach einer Würdigung der militärischen und politischen Leistungen Friedrichs – von einem »Schandfleck«, da er noch als kranker, alter Mann, sein Preußen als ein ungezügelter Alleinherrscher regiert habe.[58] Immerhin hatte Preußen im Siebenjährigen Krieg – mit Frankreich als Gegner – an der Seite jener Amerikaner gestanden, die (noch für England) gegen die Franzosen (in Amerika) siegreich waren. Und noch im Jahre 1785, ein Jahr vor seinem Tod, (als die revolutionären Botschaften aus den USA schon in Europa, auch in Berlin, angekommen waren, und kurz darauf in Paris explodierten) schloss Friedrich einen Handelsvertrag mit der amerikanischen Republik ab, dessen erster Artikel sich für »unverbrüchliche, feste und aufrichtige Freundschaft und Frieden zwischen beiden Mächten aussprach«.[59]

---

[58] Overhoff, a.a.O., S. 10.
[59] Ebd. 311.

Die Aufklärer des 18. Jahrhunderts waren eine Gruppe von Intellektuellen, die meist aus der Oberschicht bzw. der oberen Mittelschicht stammten und grenzüberschreitend vernetzt waren. Rheinsberg und der Hof von Sanssouci – wo Friedrich mit Voltaire oder de la Mettrie einige der bedeutendsten Aufklärer traf – waren Stätten solcher Vernetzung, in denen der König seine intellektuellen und literarischen Bedürfnisse – im Medium der französischen Sprache – befriedigen konnte. Von weitaus höherer Intensität und Produktivität waren im 18. Jahrhundert freilich die Beziehungen zwischen der französischen Aufklärung und der Aufklärung in Schottland, in Edinburgh und Glasgow, repräsentiert durch die Namen des Philosophen David Hume und des Moralphilosophen und Ökonomen Adam Smith, dessen Hauptwerk über den »Wohlstand der Nationen« (»Wealth of Nations«) im Jahre 1776 erschien.[60] Beide hielten sich längere Zeit in Frankreich auf und pflegten dort enge Kontakte zu den Enzyklopädisten. Um den universellen Charakter dieses Netzwerkes zu verdeutlichen, sei noch der Amerikaner Benjamin Franklin[61] erwähnt, der sowohl mit den schottischen als auch mit den französischen Aufklärern engen Kontakt hielt.[62] Im Jahre 1778 umarmten sich Franklin und Voltaire (dieser kurz vor seinem Tod) vor den Mitgliedern der Pariser Akademie der Wissenschaften. Sie feierten dabei nicht nur den Abschluss eines Vertrages zwischen Frankreich und den USA; es war auch eine Demonstration des Franzosen für das neue politische System, das Franklin vertrat.[63] Ein Jahrzehnt später (im März 1790) schickte Lafayette den Schlüssel der Bastille nach Amerika!

---

[60] Gerhard Streminger: David Hume. Der Philosoph und sein Zeitalter, München 2011, S. 51: »Das kleine Schottland, von Engländern so oft mit Geringschätzung behandelt, brachte im 18. Jahrhundert eine Energie, Originalität und Weite des Denkens zur Entfaltung, wie man sie in nur ganz wenigen Epochen der Menschheitsgeschichte wiederfindet.« (Es folgt eine Liste der »50 Genies und Gelehrten«, zu der auch James Watt, der Erfinder der Dampfmaschine, gehörte.)

[61] Benjamin Franklin (1706-1790), Verleger, Naturwissenschaftler, Politiker, Schriftsteller, der bekannteste und typischste Amerikaner seiner Zeit (am Anfang der Revolution Botschafter in Paris), war nicht nur der Erfinder des Blitzableiters, sondern brachte mit seinem Satz »Time is Money!« das Grundgesetz des modernen Kapitalismus (»Ökonomie der Zeit«) auf den Begriff. Vgl. Walter Isaacson: Benjamin Franklin. An American Life, New York/London 2004.

[62] Der preußische Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben schloss sich über seine Verbindung zu Franklin (in Paris) dem Unabhängigkeitskampf der Amerikaner an und wurde im Hauptquartier von George Washington zum Generalinspekteur der amerikanischen Truppen ernannt (Overhoff, a.a.O., S. 303). Auch Goethe (in Weimar) »erwärmte sich seit Beginn der 70er Jahre für die nordamerikanischen Staaten; eine Zeitlang erwog er sogar ernsthaft nach – Amerika auszuwandern.« Sein Urteil über das preußische Regime wurde immer negativer! (Ebd., S. 304f.).

[63] Ebd., S. 302.

Die schottischen Aufklärer vertraten eine Philosophie der politischen und ökonomischen Freiheit, die frontal gegen die alte feudal-aristokratische Rang- und Privilegienordnung, gegen den politischen Absolutismus, aber auch gegen die wirtschaftspolitischen Lehren des Merkantilismus gerichtet war. David Hume z.B. betrachtete die neue (bürgerliche) Mittelklasse als den »Träger der Zivilisation; und die ökonomische Tätigkeit von Unternehmern und Händlern erachtete er in fast allen Fällen als vorteilhaft für die Gesellschaft, wird doch dadurch das Glück der Menschen und die Macht des Staates befördert.«.[64] Der Fortschritt der Zivilisation beruht auf dem Privateigentum, seiner freien Nutzung, die nicht durch den Staat beschränkt werden darf. In einem späten Essay *On the Origin of Government* schrieb Hume über das Verhältnis von Autorität und Freiheit im Gemeinwesen: Die notwendige »Autorität, die die Freiheit begrenzt, kann und sollte wohl auch in keiner Verfassung absolut und unkontrollierbar werden... Eine Regierung kann nach allgemeinem Urteil ›frei‹ genannt werden, wenn darin eine Teilung der Macht zwischen mehreren Mitgliedern möglich ist, deren gemeinsame Autorität weder kleiner noch im Allgemeinen größer ist als die jedes Monarchen. Im normalen Ablauf der Regierung müssen die Mitglieder nach allgemeinen und gleichen Gesetzen handeln, die zuvor ihnen und all ihren Untertanen bekannt sein müssen. In diesem Sinn kann behauptet werden, dass Freiheit die Vervollkommnung bürgerlicher Gesellschaft darstellt.«[65]

Das sind Grundgedanken des ökonomischen und politischen Liberalismus, die von den Anhängern der »alten Ordnung«, natürlich auch von Friedrich, entschieden abgelehnt wurden. Für unseren Zusammenhang ist freilich wichtig, das hier die Quellen des ökonomischen Reichtums (»Wealth of Nations«) und der politischen Macht neu bestimmt werden – und dass gerade darin die objektiven Schranken eines Regimes deutlich werden, das die gesellschaftliche Ordnung immer nur »von oben«, d.h. aus der Sicht des absolutistischen Herrschers (und »seines Staates«) zu denken vermag, und die Finanzierung dieses Staates durch Krieg und Eroberung sowie durch die Ausbeutung der unfreien Bauernschaft, also durch Gewalt, sicherstellen muss. Selbst die Ansätze von wirtschaftspolitischem Denken im Absolutismus, die z.B. bei Quesnay im 18. Jahrhundert entwickelt wurden (»Physiokraten«), beruhen – so die Kritik von Adam Smith – auf einem fundamentalen Irrtum; denn sie bewerten die Arbeit der Handwerker, der Manufakturen und der Kaufleute – im Unterschied zur Arbeit in der Landwirtschaft – als unproduktiv (»classe stérile«). Der Fortschritt, der mit der Teilung der Arbeit,

[64] Streminger, a.a.O., S. 343.
[65] Hume, zit. n. ebd., S. 553.

der Entwicklung der Produktivität und dem Austausch über den Markt verbunden ist, verlangt daher ein System der »politischen Ökonomie«, das die Hindernisse für den freien Handel sowohl in der Landwirtschaft als auch im güterproduzierenden Sektor der Wirtschaft beseitigt, also den Einfluss und die Kontrolle des Staates zurücknimmt. Der Reichtum einer Nation – so Smith in seinem epochemachenden Werk – kann daher mehr im freien Fluss der produzierten Güter (wir würden heute sagen: in seinem Volkseinkommen) als in seinen Gold- und Silberreserven gemessen werden.[66] Smith vertrat eine Theorie der »natürlichen Freiheit«. Diese argumentiert, »dass ein System der freien Märkte und des freien Austausches den Reichtum der Nation vermehren wird«. Gleichzeitig warf Smith damit die provokante Frage auf, »warum sich der Fortschritt des Wohlstandes in Europa nur so langsam entwickelt hatte«.[67]

Die schottischen Aufklärer reflektierten eine gesellschaftliche und politische Entwicklung, die realhistorisch bald die historischen Grenzen des Absolutismus markieren sollte. Ihre politische Theorie betonte die individuelle Freiheit und die »Volkssouveränität« als Quelle der Legitimation von Staatlichkeit; ihre ökonomische Theorie des Freihandels begründete Wohlstand und sozialen Fortschritt aus der Ökonomie (als der Quelle des Wachstums und des Reichtums der Nationen selbst) selbst, aus Privateigentum, Arbeitsteilung, Produktivität und Tausch/Markt, die sich frei von staatlicher Regulation (Merkantilismus) entwickeln sollen. Diese Potenziale des Fortschritts mussten den Herrschern des Absolutismus, auch den aufgeklärten Monarchen wie Friedrich, fremd bleiben. Sie identifizierten die Ordnung und den Reichtum der Gesellschaft mit der Macht des Staates (civil society, political economy).

---

[66] Franz Mehring (a.a.O., S. 129) bemerkt über den Zusammenhang von Merkantilismus und Absolutismus: »das Merkantilsystem ... wurde für (diesen) ein Hebel seiner dynastischen Interessen: es ermöglichte ihm das Sophisma, wonach Geldbesitz und Reichtum einer Nation ein und dasselbe sind.«

[67] Nicholas Phillipson: Adam Smith. An enlighted Life, New Haven/London 2010, S. 205. Die berühmte Formulierung bei Adam Smith (Untersuchungen über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes, Frankfurt a.M. 2009, S. 775f.) lautet: »Räumt man also alle Systeme der Begünstigung oder Beschränkung völlig aus dem Wege, so stellt sich das klare und einfache System der natürlichen Freiheit von selbst her. Jeder Mensch hat, solange er nicht die Gesetze der Gerechtigkeit verletzt, vollkommene Freiheit, sein eigenes Interesse auf seine eigene Weise zu verfolgen und seinen Fleiß sowie sein Kapital mit dem aller anderen in Wettbewerb zu bringen. Das Staatsoberhaupt wird dadurch gänzlich einer Pflicht enthoben, bei deren Ausübung es immer unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muss, und deren richtiger Erfüllung keine menschliche Weisheit und Kenntnis hinreichen würde: die Pflicht nämlich, den Gewerbefleiß der Privatleute zu überwachen und ihn auf das Gemeinwohl hinzulenken.« (Zitiert nach Werner Hofmann: Wert- und Preislehre, Sozialökonomische Studientexte Band 1, Berlin 1964, S. 53.)

Der Staat wird entweder als »Leviathan« oder als »Präzeptor« gedacht, der die Gesellschaft von oben ordnet (durch Recht und Gesetz), durch die staatlichen Repressionsapparate (Polizei, Justiz) und über eine erfolgreiche Macht-, d.h. Außenpolitik seinen Reichtum mehrt. Bei den schottischen Aufklärern hingegen beginnt – zu Lebzeiten von Friedrich II. – ein Denken, das, so der Soziologe Helmut Willke, »dem seit Machiavelli und Hobbes formulierten gesellschaftlichen Primat der Politik die Grundlage ... entzieht«,[68] das in Hegels »Rechtsphilosophie« (die im post-frederizianischen Berlin entstand) in widersprüchlicher Weise den Staat aus der bürgerlichen Gesellschaft ableitet, aber diesen zugleich über diese erhebt. Erst bei Marx und Engels wird dieser Begriff des Staates als »Wirkungsform der Gesellschaft« (Hermann Heller) zur radikalen Kritik der Trennung von Staat und Gesellschaft auf der Basis der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse fortentwickelt.

Ein neues System bürgerlicher Klassenherrschaft

Die Grenzen des Absolutismus werden politisch: durch die französische Revolution von 1789, und ökonomisch: durch die industrielle Revolution – zunächst in England zum Ende des 18. Jahrhunderts – offenbar. Der Liberalismus begründete ein neues System der bürgerlichen Klassenherrschaft; gleichwohl haben die sozialistischen und kommunistischen Theorien und Bewegungen des 19. Jahrhunderts an dem Grundgedanken der Emanzipation der Gesellschaft von den Fesseln staatlicher Herrschaft (des feudalen wie des bürgerlichen Klassenstaates), also der Regulation von oben, nicht nur festgehalten – sie haben diese Erkenntnis sogar fortgeführt und radikalisiert. Mit am deutlichsten hat dies Friedrich Engels formuliert: »Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft –, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen«[69] – an der Realisierung dieser Perspektive sind, so wäre hinzuzufügen, gewiss auch die staatssozialistischen Systeme im Gefolge der Oktoberrevolution (die auf ihre Weise, mit neuen Zielen, die Tra-

[68] Helmut Willke: Ironie des Staates, Frankfurt a.M. 1992, S. 7.

[69] Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 224.

dition des Absolutismus fortsetzten) gescheitert. Dies genauer zu erörtern, liegt freilich jenseits des Bereichs der Auseinandersetzung mit dem »Antimachiavell« des Friedrich II.

Zwischen Machiavelli und Friedrich II. gibt es mehr Verbindungen, als der junge Friedrich in seinem »Antimachivell« zugeben wollte. Beide denken Politik von oben, aus der Perspektive des Staates (bzw. des Fürsten); beide gehören der Epoche des Absolutismus an. Machiavelli bewunderte den frühen Absolutismus, wie er sich im Flächenstaat Frankreich (oder auch in Großbritannien) Anfang des 16. Jahrhunderts konsolidierte. Das Zentralthema des »Principe« ist *die Gründung eines neuen Staates* in Italien, der die politische Zersplitterung überwindet. Machiavelli weiß um den Niedergang der Stadtrepubliken – und zwar nicht nur aufgrund innerer Krisen, sondern auch, weil sie den großen und reicheren Flächenstaaten unterlegen sein müssen. Weil sie weniger Geld haben, können sie weniger Soldaten oder Söldner bezahlen – und deshalb wächst der Schuldenberg und sie geraten in politische Abhängigkeit von den größeren Staaten. Seine Hoffnung auf die Gründung eines solchen italienischen Staates ist zu seiner Zeit absolut illusorisch; gerade das macht den utopischen Charakter des Schlusskapitels, des *Aufrufs, Italien von den Barbaren zu befreien und zu einigen,* aus. In diesem Krisenbewusstsein wurzelt jedoch letztlich die innere Spannung des »Principe«. Friedrich hingegen denkt aus der Perspektive des im Inneren stabilisierten Flächenstaates und der Machtpolitik zwischen den führenden Mächten in Europa im 18. Jahrhundert. Er will als absolutistischer Herrscher der Gedankenwelt des Humanismus und der Aufklärung verpflichtet sein, weiß aber, dass er die Macht seines Staates durch eine Eroberungs- und Bündnispolitik aufrechterhalten und erweitern muss, die sich in letzter Instanz auf die Überlegenheit seines Heeres stützt.

Die Verabsolutierung des Politischen bei Machiavelli reflektiert in letzter Instanz – so die zentrale These meines Machiavelli-Buches – eine »epochale Krisensituation, in der die materiell-gesellschaftlichen Bedingungen einer rationalen Neuordnung von Gesellschaft und Staat überhaupt noch nicht entwickelt und daher auch nicht erkennbar und theoretisch zu reflektieren sind« – daher die Illusion der »reinen Politik«![70] Bei Friedrich II. – jetzt in der Spätphase des »aufgeklärten Absolutismus« – reflektiert sich diese (notwendige) Illusion des Primats der Politik darin, dass er glaubt, den Bestand der absolutistischen Herrschaft und ihrer junkerlichen Klassenbasis durch Effizienz und Modernisierung der Staatshandelns, aber auch durch kulturelle Reformen im Sinne der Aufklärung sichern zu können, ohne schon zur Kennt-

[70] Frank Deppe: Niccolo Machiavelli, a.a.O., S. 125.

nis zu nehmen, dass sich die Quellen der Macht (Legitimation und Reichtum) mehr und mehr in die Gesellschaft selbst verlagern. Dieser Prozess wird seit 1776 bzw. seit 1789 zunehmend zur materiellen Gewalt und zeigt damit den absolutistischen Regimes immer deutlicher die Grenzen ihrer Legitimation und Existenz auf. Je weniger politische Herrschaft auf solche Ressourcen des inneren Reichtums zurückzugreifen vermag, umso mehr muss sie sich auf die Anwendung von direkter Gewalt nach innen und außen stützen, um die Regierungsmacht zu erhalten und den Machtkampf mit anderen Staaten zu bestehen. Dieser Widerspruch sollte sich in der deutschen Geschichte bis ins 20. Jahrhundert immer wieder neu zuspitzen.

VSA: Politisches Denken

Politisches Denken im 20. Jahrhundert

Band 1: Die Anfänge
400 S. | € 20.40 | ISBN 978-3-87975-747-3
Von der Belle Epoque bis zur Katastrophe des Ersten Weltkrieges (Weber, Pareto, Sorel, Dewey, Lenin, Sun Yat-sen)

Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen
560 S. | € 34.80 | ISBN 978-3-89965-001-3
Die Zwischenkriegsperiode (C. Schmitt, Gramsci, Hilferding, Horkheimer, Keynes, Lippmann, Gandhi, Mao Zedong)

Band 3: Politisches Denken im Kalten Krieg
Teil 1: Die Konfrontation der Systeme
332 S. | € 24.80 | ISBN 978-3-89965-169-0
Teil 2: Systemkonfrontation, Golden Age, antiimperialistische Befreiungsbewegungen
384 S. | € 26.80 | ISBN 978-3-89965-261-1
Von der Pax Americana und Pax Sowjetica im Atomzeitalter bis zum Siegeszug des Neoliberalismus (H. Arendt, Abendroth, Galbraith, S. de Beauvoir, Sartre, Che Guevara)

Band 4: Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert
332 S. | € 24.80 | ISBN 978-3-89965-402-8
Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung?

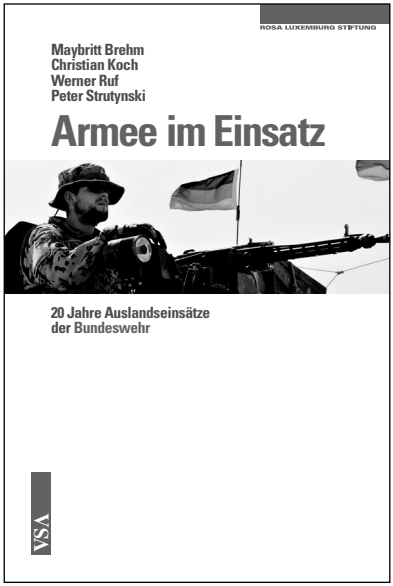
Komplett: Das Deppe-Paket!
4 Bände, 5 Bücher, 2116 Seiten
€ 100 statt € 131,60!
ISBN 978-3-89965-411-0

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Völkerrecht & Machtpolitik



Norman Paech/Gerhard Stuby
Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen
Aktualisierte Ausgabe
1000 Seiten | Hardcover | € 60.00
ISBN 978-3-89965-041-9
Ein Völkerrechts-Standardwerk, in dem »Fachwissen mit kritisch-gesellschaftlichem Engagement verbunden und dies auch noch verständlich vermittelt« (Das Parlament) wird – für Juristen, Journalisten und Politikwissenschaftler.

Maybritt Brehm/Christian Koch/
Werner Ruf/Peter Strutynski
Armee im Einsatz
20 Jahre Auslandseinsätze
der Bundeswehr
Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-546-9
Was sind die Hintergründe der Transformation aus einer Verteidigungs- zu einer Kriegsarmee?

Uli Cremer
Neue NATO: die ersten Kriege
Vom Militär- zum Kriegspakt
Mit einem Vorwort von
Hans-Christian Ströbele
218 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-314-4

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de